

DU GAY e.V.

Wahlprüfsteine

- 1) Die AfD-Fraktion wird Vertreter des Referats für Gleichberechtigung und Chancengleichheit einladen und über deren Arbeit und Projekte sprechen. Wenn es um Hilfestellung und die konkrete Verbesserung der Lebensumstände Betroffener geht, wird sich die AfD gerne positiv einbringen. Ideologische Konzepte wie Gendersprache oder politische Korrektheit sehen wir jedoch kritisch.
- 2) In Zeiten großer Einbrüche bei den kommunalen Einnahmen und als Kommune mit Haushaltssicherungskonzept sehen wir in Duisburg nur wenig Spielraum für zusätzliche freiwillige Ausgaben.
- 3) Vor Akzeptanz kommt Toleranz. Und hier sehen wir aufgrund starker Änderungen in der Bevölkerungszusammensetzung und daraus folgenden Haltungsänderungen in einzelnen Stadtteilen Duisburgs erhebliche Rückschritte. Pink Power hat dies z.B. 2019 mit „Schwule Migranten oft von Muslimen diskriminiert“ in die Öffentlichkeit gebracht.
- 4) In der Kindertagesbetreuung hat sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aus AfD-Sicht nichts verloren. Die Kinderbetreuung sollte allein am Kindeswohl ausgerichtet werden. Sexuelle Aufklärung von offizieller Seite sollte aus guten Gründen erst ab einem gewissen Alter, d.h. ab dem Grundschulalter, erfolgen.
Wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Altenpflege seriös zueinander finden können, erschließt sich uns nicht.
- 5) Die AfD steht einem regelmäßigen Austausch aufgeschlossen gegenüber.
- 6) Wir sehen mit großer Sorge unkontrollierte Veränderungen der Gesellschaftsstruktur, was z.B. in Marxloh und Hochfeld das Händchenhalten gleichgeschlechtlicher Paare zu einer sehr gefährlichen Handlung machen kann. Die AfD tritt an, die freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in Brennpunkten wiederherzustellen und die Sicherheit aller Bürger, LSBTIQ-Personen eingeschlossen, zu gewährleisten.
- 7) Politik kann durch Gesetze und Verordnungen nur Rahmenbedingungen setzen. Konkrete Vorfälle zu verhindern ist Aufgabe von Polizei und Justiz. Die AfD ist grundsätzlich für eine Stärkung der Polizei- und Justizbehörden.

- 8) Die Stadt sollte weiterhin einen offenen und ehrlichen Dialog über die Voraussetzungen und Auflagen für Großveranstaltungen wie dem CSD mit den Veranstaltern führen und soweit möglich auch Hinweise und Hilfestellung bei der Auflagenerfüllung geben.
- 9) Wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen sind in der Regel langfristiger Natur und nur schwer zurückzudrehen. Für eine gute Entwicklung sind aus Sicht der AfD zunächst die Voraussetzungen zu schaffen: Beispielsweise die Beseitigung immer höherer Hürden und Auflagen, Kaufkraftzuwachs und engagierte Protagonisten, die Projekte vorantreiben.
- 10) Zunächst wäre zu ermitteln, ob und inwiefern Regenbogenfamilien im Vergleich zu traditionellen Familien besondere Herausforderungen haben. In einem zweiten Schritt wäre dann politisch zu bewerten, ob diese Herausforderungen so gravierend sind, dass zusätzliche Hilfsangebote notwendig sind – und ob diese ggf. von der Kommune oder besser von anderen Trägern erbracht werden sollen.